Leserbriefe

Für Stäfa die falsche Strategie

Zur Abstimmung über die Fusion der reformierten Kirchgemeinden Stäfa und Hombrechtikon am 7. März

Angst ist bekanntlich ein schlechter Ratgeber. Und somit scheint in den Diskussionen um den Zusammenschluss der Kirchen Hombrechtikon und Stäfa die Verknüpfung von «Angst vor Veränderungen» ein Argument für das Host22-Projekt zu sein. Aber ist es so einfach? Sind nicht die flächendeckend von der Kantonalkirche verordneten Zusammenschlüsse von Kirchgemeinden eine Reaktion auf die Angst vor dem rasanten Mitgliederschwund? Also könnte es auch umgekehrt betrachtet werden: Wer nur aus Angst vor dem Mitgliederschwund dem Zusammenschluss zustimmt, ist schlecht beraten. Aber richten wir einmal den Fokus von der Angst weg auf das, was erreicht werden soll. Das sind doch lebendige Kirchgemeinden, in denen soziales und spirituelles Leben stattfindet. Ein Ort, an dem man sich zu Hause weiss. Und da läuft in Stäfa doch vieles in eine gute Richtung. Zwar können die Kirchenaustritte (noch) nicht verhindert werden; dennoch ist die Zahl der engagierten Kirchenbesucher in den letzten Jahren nicht gesunken, sondern am Steigen. Ich denke, diese untypische Entwicklung ist in erster Linie dem engagierten und mit Herzblut geleisteten Einsatz der Mitarbeitenden und Pfarrerpersonen zu verdanken. Wenn nun über eine Flucht nach vorne nachgedacht beziehungsweise darüber entschieden werden soll, müsste sinnvoller Weise auf dem «Erfolgsmodell Stäfa» aufgebaut oder dieses zumindest bei der Erarbeitung der Vision mit einbezogen werden. Aber genau das wurde in den Vorarbeiten zur Fusion versäumt. Es basiert nicht auf einer kreativen Perspektive, sondern folgt der Finanzformel: Wie viele Mitglieder müssen zusammengeschlossene Kirchgemeinden aufweisen, damit bei anhaltenden Austritten in X Jahren noch ein minimaler Mitarbeiter- und Verwaltungsstab finanziert werden kann? Das nennt man geordneten Rückzug, nicht Vision, und scheint mir (für Stäfa) die falsche Strategie.
Peter Meier-Leuenberger, Stäfa

Wie die Alterssiedlung an der Haldenstrasse in Männedorf dereinst aussehen soll – so das Stimmvolk will. Visualisierung: Nightnurse Images, Zürich

Das eigentliche Ziel wird verfehlt

Zur Abstimmung über den Gestaltungsplan Haldenstrasse, Männedorf am 7. März

Die Stiftung Seniorenwohnung möchte gross und billig bauen, weil kleiner bauen teurer wäre. Genau diese Haltung spiegelt sich im vorliegenden Richtprojekt leider wieder. Das Gelände ist maximal ausgenutzt und die riegelartigen Bauten unsensibel platziert. Wollen wir das wirklich mitten in Männedorf? Muss das Projekt jegliche Grenzen aus- und sogar übernutzen? Muss die Stiftung bauen wie ein beliebiger Investor? Die Stiftung hat das Bauland geschenkt bekommen. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, wieso man nur mithilfe von Sondernutzungen und Quersubventionierungen günstigen Wohnraum schaffen kann. Um die Kosten tief zu halten, hätte man sanieren, erweitern und kleiner bauen können, wie es Emmaus zurzeit mit älteren Bauten als die der Stiftung vormacht. Dazu kommt, dass die irreführend in Leserbriefen und Werbung behaupteten 60 günstigen Alterswohnungen nur 40 sind. Die restlichen 20 Wohnungen kommen im Attikageschoss zu liegen, werden zu marktüblichen Preisen vermietet und fallen damit aus der Argumentation. In Männedorf hat es in diesem Preissegment schon weit genügend Angebote, wie der Stiftungsrat selber betont. Die bestehenden 40 günstigen Alterswohnungen werden also nur durch neue, wiederum 40 günstige Alterswohnungen ersetzt. Wir Männedörfler bekommen mehr Quadratmeter pro Einheit aber keine einzige günstige Alterswohnung mehr, als wir zuvor schon hatten! Und dafür betonieren wir das Quartier mit fünfgeschossigen Riegeln zu? Konsequenterweise müssten all jene, Einzelpersonen wie Parteien, die sich für mehr bezahlbare Alterswohnungen stark machen, das sofort erkannt haben und Nein stimmen zum vorliegenden Projekt. Es ist zu hoffen, dass sich die Stimmbürger kein X für ein U vormachen lassen. Der Gestaltungsplan Haldenstrasse bringt keinen Zuwachs an günstigen Alterswohnungen, verfehlt damit das eigentliche Ziel und verdient folgerichtig keine Zustimmung.
Pia Gianesi, Männedorf

Parteilos heisst nicht lebensfremd

Ausgabe vom 17. Februar
«Was es über die beiden Kandidaten für den Bezirksrat zu wissen gilt»

Bei meiner Inaugurationsfeier 1996 hat mir ein bekannter Horgner Industrieller, FDP-Mitglied, ins Gesicht gesagt, dass es sich nun wirklich nicht schicke, dass der Horgner Notar nicht in seinem Amtskreis wohne und erst recht nicht FDP-Mitglied sei. Ich habe ihm daraufhin geantwortet, dass ich als Notar für alle Bewohner meines Amtskreises, egal welcher politischen Gesinnung, da sein wolle und mir mein damaliger Wohnsitz in Thalwil auch die notwendige Distanz zu meiner Arbeitsausübung gäbe. Ich war der erste parteilose Notar im Bezirk Horgen, heute sind es alle drei (Horgen, Thalwil, Wädenswil). Wir fühlen uns einzig dem hilfesuchenden Menschen gegenüber verpflichtet, unabhängig von seiner politischen Haltung, seiner gesellschaftlichen oder sozialen Stellung oder auch sexuellen Orientierung. Daneben ist unsere Beratungstätigkeit geprägt von der notwendigen Sozialkompetenz. Speziell an unserem Beruf ist eben gerade die unabhängige und unparteiliche Stellung des Notars. So lebensfremd, wie das Walter Reutimann erklärt, ist dieses Bild also sicher nicht. Auch parteilose Behördenmitglieder sind sehr wohl in der Lage, gesellschaftliche Wertvorstellungen angemessen umzusetzen und zu vertreten.
Bengt Bucher, Alt-Notar, parteilos, Uetikon am See

Überzeugender Kandidat

Zu den Statthalterwahlen Bezirk Horgen am 7. März

Aus meiner langen Zeit als Dorfarzt im Hirzel kenne ich beide für den Bezirksrat antretenden Kandidaten und schätze sie persönlich. Die Argumente pro und contra führen zu meiner Überzeugung: Markus Braun ist der geeignetere Kandidat für dieses Amt. Dass alle Parteien den FDP-Kandidaten unterstützen, erachte ich einzig als ein parteipolitisches Kalkül. Ich wähle Markus Braun zum Statthalter, weil er als erfahrener Rechtsanwalt und militärischer Untersuchungsrichter über die berufliche Erfahrung für dieses Amt verfügt. Als ehemaliger Schulpfleger und Gemeindepräsident bringt er politische Erfahrung und Führungsqualitäten mit. Er überzeugt mich fachlich und menschlich, entscheidet unabhängig, keiner Partei verpflichtet und sachlich.
Ruedi Baumann, Horgen

Keine Experimente mit Parteilosen

Zu den Statthalterwahlen Bezirk Horgen am 7. März

Meine mehrjährige Erfahrung als Behördenmitglied in Thalwil hat mir gezeigt, dass Kollegen, welche von ihren Parteien nominiert wurden, gute Teamplayer sind und transparent und berechenbar politisieren und entscheiden. Dies rührt daher, dass die Parteimitglieder bei ihren Parteien interne Selektionsverfahren durchlaufen mussten und klar politisch verortbar sind. Parteilose sind hingegen nur sich selber verpflichtet und agieren nicht selten als «einsame Wölfe» in den Gremien. Das heisst: schwer voraussehbar in ihren Entscheidungen, oft zum politischen Opportunismus neigend und herausfordernd, sie in parteiübergreifenden Lösungsfindungen einzubinden. Dass diese Beobachtungen nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigt sich am jüngsten Streit um die parteilose Horgner Schulpräsidentin. Hier habe ich den Eindruck, dass die Parteilose sich nicht genug ins Team eingefügt hat und nicht nachvollziehbar und transparent politisierte. Der Statthalter und Bezirksratspräsident des Bezirks Horgen muss aber in der Lage sein, zwischen den Institutionen, welche notabene primär von Parteimitgliedern gehalten werden, glaubwürdig vermitteln zu können, und berechenbar und transparent in seinen Entscheidungen sein. Deshalb ist es wichtig, keine Experimente mit einem Parteilosen für dieses Amt zu wagen, sondern auf den Kandidaten zu setzen, der nicht nur als Jurist sehr gut qualifiziert ist, sondern von allen Parteien im Bezirk Horgen auf Herz und Nieren geprüft worden ist und bei dem man weiss, was man erwarten kann.
Thomas Henauer, Präsident FDP Thalwil

Negativkampagne ist irreführend

Zu den Statthalterwahlen Bezirk Horgen am 7. März

Dass sich beide Fankurven engagiert für ihre Kandidaten aussprechen, gehört dazu. Mich irritieren aber die verwendeten Mittel. Beispiele gefällig? Leserbriefschreiber meint hochnäsig: «Walter Reutimann steht auf der Lohnliste eines internationalen Unternehmens.» Damit wird die Mehrheit aller Erwerbstätigen in der Schweiz diskreditiert, die ihrer Tätigkeit bei einem Arbeitgeber nachgehen. Weitere Leserbriefschreiber erwecken den Eindruck, dass die Gemeinde Hirzel in den letzten zwölf Jahren alleine vom damaligen Gemeindepräsidenten geführt wurde. Meines Wissens ist der Gemeinderat eine Kollegialbehörde und keine One-Man-Show. Generell fällt auf, wie stark eine Negativkampagne gegen die politischen Parteien und die IPK, deren Zweckzusammenschluss auf Bezirksebene, konzertiert gefahren wird. Das ständige Herumtreten auf der IPK, die im Zusammenhang mit der Besetzung von Behördenämtern eine wichtige Vorselektionsrolle spielt, um eine ausgeglichene Behördenbesetzung durch die unterschiedlichen politischen Kräfte sicherzustellen, ist bemühend und bewusst irreführend. Das Fass zum Überlaufen gebracht hat für mich die Aussage des parteilosen Kandidaten im Interview, wonach das Vertrauen in den Bezirksrat wieder zu stärken sei. Mit einer solchen Aussage werden die Leistungen von bereits zwei gewählten Mitgliedern des Bezirksrats diskreditiert. Heiligt der Zweck die Mittel? Keineswegs. Wer eine negative Wahlkampagne führen muss, damit er selber in besserem Licht erscheint, dem fehlt es wohl an stichhaltigen und überzeugenden Argumenten, die für seine Wahl als Person sprechen. Der neue Statthalter muss vor allem eine souveräne, professionelle Persönlichkeit mitbringen. Das Amt des Statthalters ist zu wichtig, als dass hier von Beginn an eine schlechte Stimmung einkehren sollte. Als Parteiloser gebe ich darum meine Stimme Walter Reutimann, weil ich unserem Bezirk Horgen für die nächsten Jahre keine politischen Sturmböen wünsche.
Ernst Wüthrich, Adliswil

Ja als Signal an reaktionäre Kräfte

Zur Abstimmung über das Verhüllungsverbot am 7. März

Männer wollen ihr Gesicht nicht mit einer Burka oder einem Nikab verschleiern. Frauen wollen das. So behaupten es Personen und Parteien, die sich einem linken, liberalen, religiösen, weltoffenen, konservativen oder sonst einem Milieu zurechnen. Frauen wollen also selbstbestimmt in der Schweiz aus eigener Überzeugung das Gesicht verschleiern. Sie wollen frei sein, die Burka zu tragen. Ein Verbot dieses Kleidungsstücks würde ihre verfassungsmässigen Grundrechte, ihre persönliche Freiheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Diskriminierungsverbot verletzen und wäre eine Schande. Das sei paternalistisch, patriarchalisch, kolonialistisch, frauenfeindlich und schränke die Frauen in ihren religiösen Praktiken ein. Mit Verlaub, all diese Argumente zugunsten der Verschleierung sind reiner Populismus. Es erstaunt mich, mit welcher Vehemenz man für das «Recht» der Frauen auf Verschleierung in der Schweiz wirbt. Ausgeblendet wird, in welchen Staaten und Gesellschaften heute die Verschleierung der Frau angeordnet und auch zwangsweise durchgesetzt wird. Es sind allesamt Staaten, die sich wenig um die Grund- und Freiheitsrechte oder gar demokratische Partizipation kümmern. Wir treffen in diesen Staaten und Gesellschaften auf äusserst reaktionäre männerorientierte Ausprägungen des Islams sowie anderer kulturelle Traditionen. Die Rechte oder die Selbstbestimmung der Frauen sind im Vergleich zur Schweiz enorm eingeschränkt oder nicht vorhanden. Frauen werden entpersonalisiert und ihnen durch die Verhüllung ihr Gesicht, ihre Identität und Individualität geraubt. Das Beibehalten einer solchen Verschleierungstradition oder solcher Symbole ist menschenrechtswidrig. Ein Ja zum Verhüllungsverbot in der Schweiz ist nicht nur ein Signal an reaktionäre Kräfte in der Schweiz, sondern auch an reaktionäre Staaten und Gesellschaften, welche den Frauen die Verschleierung zumuten und sie dazu zwingen.
Urs Dettling-Nagel, Stäfa